



**Der BVVP ruft auf,
sich an den Protesten der Ärzte und Psychotherapeuten
am 18. Januar zu beteiligen!**

Die ärztlichen und psychologischen Psychotherapeuten sowie Kinder- und Jugendlichen - Psychotherapeuten sehen mit großer Sorge, welche Pläne die Regierung für das Gesundheitswesen hat.

Die Psychotherapeuten haben in den zurückliegenden Jahren einen langen Prozess der Integration in die ärztliche Selbstverwaltung hinter sich. Auch Psychotherapeuten sitzen jetzt in entscheidenden Gremien der KBV, sind in jeder Vertreterversammlung und in vielen Ausschüssen der KVen vertreten. Die Beratenden Fachausschüsse der Psychotherapeuten waren Vorreiter der hausärztlichen und fachärztlichen Fachausschüsse. Auch wenn der Integrationsprozeß der Psychotherapeuten und der Psychotherapie trotzdem leider noch nicht überall so weit gediehen ist, wie wir uns das wünschen, so sind wir aus der Selbstverwaltung nicht mehr wegzudenken.

Aber diese Erfolge könnten sich als trügerisch erweisen, denn alle Pläne der letzten und der jetzigen Regierung laufen darauf hinaus, genau diese Selbstverwaltung, in der wir unseren Platz mühsam erkämpft haben, immer weiter zu schwächen und statt dessen staatliche Vorgaben an ihre Stelle zu setzen.

Unter diesen Umständen muß eindringlich darauf hingewiesen werden, dass Integration keine Einbahnstraße sein kann und darf!

Daher müssen auch wir ärztlichen und psychologischen Psychotherapeuten und Kinder- und Jugendlichen-Psychotherapeuten uns mit den Problemen der Arbeitsrealität der somatisch tätigen Ärzte befassen, und solidarisch unerträgliche Belastungen zurückweisen.

Wo unseren Kollegen heute immer detaillierter vorgeschrieben werden soll, welche Medikamente sie wann und wie verordnen dürfen und wenn sie künftig im Falle von Budget-Überschreitungen persönlich den Kopf hinhalten sollen - wie es das vorgesehene Bonus/Malus-Gesetz vorsieht - ist für morgen oder übermorgen mit Eingriffen in die Gestaltung einer Psychotherapie zu rechnen. Hinzuweisen ist ferner auf die Mitbetroffenheit der psychotherapeutisch Ärzte bereits durch diese jetzt vorliegenden Gesetzentwürfe. Vergessen wir nicht, daß unsere Honorarsituation auf das engste mit der Situation der anderen Fachgruppen verknüpft ist.

Wachsende Praxiskosten werden schon lange durch das persönliche Einkommen des Arztes subventioniert. Seit Jahren gibt es Mengenbegrenzungen und damit einhergehende Abstufungen für die Vergütung tatsächlich erbrachter Leistungen. Wir alle halten unsere Arbeitskraft und persönliches Engagement vor, um eine gute

Qualität und überschaubare Wartezeiten in unserem Gesundheitssystem zu garantieren. Wir können nur unterstreichen, was der Präsident der Bundesärztekammer Prof. Hoppe beim Aktionstag am 14.12.05 in Stuttgart sagte: Es muss Schluss sein damit, dass unsere unbezahlte Arbeit als feste Größe von der Politik einkalkuliert wird!

Die von der Regierung ins Auge gefaßte staatlich verordnete Gebührenordnung kann dies alles nur verschlimmern. Solange es die Selbstverwaltung gibt, hat diese die Möglichkeit, Härten für einzelne Arztgruppen auszugleichen. Von einer staatlichen Gebührenordnung ist - neben weiteren Mengenbegrenzungen - und damit indirekter Rationierung - zu erwarten, dass sie alle bereits bestehenden Ungerechtigkeiten festschreibt. **Das kann nicht unser Interesse sein.**

Wir fordern:

- **ein Mitspracherecht in der Gestaltung der Gesundheitspolitik**
- **einen Abbau der Bürokratie und damit mehr Zeit für unsere Patienten**
- **ein Ende der Budgetierung (Leistungsbegrenzung) für Untersuchungen und Rezepte**
- **eine Abschaffung der 10 € Bezahlung in der Arztpraxis**
- **Feste Honorare für ärztliche Leistungen**

- Lassen Sie uns solidarisch mit allen anderen Fachgruppen unserem Protest Ausdruck verleihen.
- Kämpfen wir gegen eine weitere Aushöhlung der bereits angeschlagenen Selbstverwaltung!
- Setzen wir uns ein für eine medizinisch und psychotherapeutisch angemessene Behandlung der Patienten durch Ärzte und Psychotherapeuten, die sich ihrer Verantwortung gegenüber dem Patienten und der Gesellschaft bewußt sind.

**Verleihen Sie Ihrem Protest so Ausdruck,
wie Sie es Ihren Patienten gegenüber verantworten können!**

Viele Ärzte schließen ihre Praxen, viele werden am Mittwoch den 18.01. 2006 nach Berlin kommen, zur Protestveranstaltung 12:00 Uhr im Hotel Maritim und abends zur Vollversammlung der Berliner Ärzte und Psychotherapeuten.

Schließen Sie sich an!

Michael Grunert
1. Vors. BVVP-Berlin